

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 13. Juni 2018

Polizei- und Militärdirektion**112 2017.RRGR.576 Motion 224-2017 Hügli (Biel/Bienne, SP)
Errungenschaften dank Landesstreik 1918 – Streikende jetzt rehabilitieren**

Präsident. Guten Nachmittag zusammen. Wir sind beim letzten Geschäft der POM angelangt. Es handelt sich um eine Motion Hügli, Biel, SP: «Errungenschaften dank des Landesstreiks von 1918 – Streikende jetzt rehabilitieren». Es handelt sich um das Traktandum 112. Grossrätin Stucki hat dieses Geschäft von alt Grossrat Hügli übernommen. Grossrätin Stucki, Sie haben das Wort.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Wir linken Grossrätinnen und Grossräte erwarten sicher keine Wunder. Aber ein wenig mehr Willen, Licht in den für die Schweiz wichtigen Kampf um die Arbeiterrechte und die Folgen des Landesstreiks zu bringen, das wäre doch zu erwarten gewesen, und es wäre auch schön gewesen. Es gibt bestimmt noch etliche Angehörige von verurteilten Streikenden aus der Zeit von vor hundert Jahren. Egal ob Ihre Grossmutter, ein Grossvater, ein Grossonkel oder eine Gross tante eine reine Dienstverletzung beging, indem eine Handlung für die Organisation des Streiks getätigt wurde: Sie alle waren keine Landesverräter und Landesverräterinnen. Nein, sie hatten um das Überleben ihrer Familie gekämpft. Sie kämpften für ein menschliches Dasein und um nichts anderes. Angesichts aller Errungenschaften, welche in den Jahren danach aus den Forderungen der Streikenden umgesetzt wurden – ich erwähne die AHV als wohl wichtigstes Werk –, bestünde eine Absichtserklärung darin, sich auf Bundesebene für die Aufarbeitung dieser Geschichte, mit der Möglichkeit auf eine Rehabilitierung aller Verurteilten einzusetzen. Dies wäre ein tolles Zeichen des Regierungsrats im Jahr dieses hundertjährigen Jubiläums gewesen. Das wäre ein Zeichen der Bereitschaft, die eigene Geschichte anzuschauen und aufzuarbeiten. Es wäre auch ein Zeichen an die Angehörigen, welche heute noch da sind. Wir bitten Sie darum, über Ihren eigenen Schatten zu springen und diese Motion in Sinne der Angehörigen anzunehmen.

Präsident. Die Fraktionen haben das Wort, für die SP-JUSO-PSA-Fraktion Grossrätin Riesen.

Maurane Riesen, Sonceboz-Sombeval (PSA). Au nom du groupe PS-JS-PSA je vous invite à soutenir cette motion. La grève nationale de 1918 a fortement marqué le paysage politique suisse. D'aucuns la qualifient comme «événement fondateur du XX siècle en Suisse, marquant l'entrée de la Suisse dans le siècle européen», pour reprendre les termes de l'historien Marc Perrenoud dans «Le Temps». La majorité des revendications de la grève ont été adoptées par la suite. Certaines, telles que le scrutin féminin, l'AVS, l'impôt sur la fortune, l'élection du Conseil National d'après la proportionnelle, la semaine de 48 heures font sans nulle doute l'unanimité parmi nous aujourd'hui. Le signal politique de cette grève et la pertinence de ces revendications ont une influence majeure et ont été le pilier de la Suisse moderne et consensuelle que l'on connaît aujourd'hui. Or, vous le savez, les grévistes ont été réprimés par l'armée sur ordre du Conseil fédéral. Des milliers de procédures ont été engagées contre les grévistes et des centaines ont été condamnés. La motion demande au canton de Berne de reconnaître l'importance majeure de la grève nationale et de réhabiliter les grévistes victimes de la justice militaire.

La réponse du Conseil-exécutif appelant au rejet de la motion comporte plusieurs contradictions. Il dit reconnaître les acquis du mouvement, qu'il sait apprécier le travail fourni par la population à sa juste valeur et qu'il reconnaît l'importance de la culture de la mémoire pour la société. C'est pourquoi l'Office de la culture du canton de Berne soutient l'organisation du projet à l'échelle nationale, qui aura lieu à Olten durant l'été 2018. La première partie de la réponse approuve la première demande de la motion, qui demande de reconnaître l'importance majeure de l'événement, et laisse ouverte la possibilité d'un geste public et concret de la part du Conseil-exécutif en ce sens. La deuxième contradiction réside dans la suite de la réponse. Le Conseil-exécutif dit d'abord ne pas avoir

les compétences pour réhabiliter les personnes victimes de la justice militaire, avant d'écrire que des recherches historiques approfondies et fastidieuses seraient nécessaires pour déterminer si une grâce ou une amnistie peut être accordée. N'a-t-il pas les compétences, ou n'a-t-il pas la volonté de faire les recherches? La réponse du gouvernement bernois à cette motion n'est pas satisfaisante et ne donne pas d'éléments solides permettant de justifier un refus à cette motion. Au nom du groupe PS-JS-PSA je vous invite donc à accepter cette motion.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Streikende des Landesstreiks von 1918 rehabilitieren, so die Forderung dieses Vorstosses. Für die SVP stellt sich hier die Frage, ob diese Forderung an die falsche Adresse gerichtet wird. Wie im Titel erwähnt, geht es um den Landesstreik und nicht um einen Streik der Berner Bevölkerung. Also ist dies eigentlich die falsche Adresse. Für mich stellt sich auch die Frage, ob wir heute, hundert Jahre später, genau feststellen können, wer zu Recht verurteilt wurde und wer nicht. Hier, in diesem Saal, ändern wir laufend Gesetze, und wir erwarten dann, dass anschliessend auch nach diesen Beschlüssen gelebt und geurteilt wird. Wovon wir heute der festen Überzeugung sind, es sei richtig, dies ist in hundert Jahren möglicherweise total anders. Ich glaube, es wäre total daneben, wenn wir Urteile darüber fällten, was vor hundert Jahren richtig war. Wir müssen auch festhalten, dass von jenen, die es betrifft, wahrscheinlich niemand mehr hier ist. Deshalb ist es nicht unbedingt richtig, den Nachfolgern, welche eigentlich gar nichts damit zu haben, Danke sagen zu sagen. Diese haben keinen Verdienst daran. Sie haben zwar Vorfahren, die etwas geleistet haben, sie selber jedoch nicht. Aus all diesen Gründen wird die SVP diesen Vorstoss einstimmig ablehnen.

Präsident. Es gibt keine weiteren Fraktionssprecher mehr. Doch, es gibt noch welche. Ich bitte Sie doch, sich einzuloggen, wenn Sie sprechen wollen. Wenn nicht, fahren wir weiter. Für die grüne Fraktion hat Grossrat Sancar das Wort.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Wir alle profitieren heute von den Errungenschaften des Landesstreiks von 1918. Sie kämpften für die 48-Stunden-Woche sowie für das Frauenstimm- und -wahlrecht – heute eine Selbstverständlichkeit für die Einrichtung unserer sozialen Werke wie die AHV, IV und vieles mehr. Bezogen auf das politische System setzten sie sich sogar für ein Proporzwahlrecht ein. Leider mussten die Streikenden damals dafür büssen. Bis heute sind sie nie rehabilitiert worden, obschon wir ihre Forderungen heute als wichtige Errungenschaften unserer Gesellschaft anerkennen.

Der Regierungsrat meint in seiner Antwort, es wäre zu kompliziert, die Betroffenen durch eine historische Recherche ausfindig zu machen. Um eine Rehabilitation zu umgehen, versteckt sich der Regierungsrat hinter dem Militärgericht, und er schiebt die Verantwortung ab; zuständig sei der Bundesrat. Hier geht es primär um eine politische Rehabilitation des Bundeshauptkantons. Natürlich ist eine historische Aufarbeitung nach hundert Jahren aufwendig. Umso notwendiger ist nun hundert Jahre später eine vollumgängliche Rehabilitation. Das wäre ein Signal der Stärke sowie eine Verpflichtung gegenüber den bereits verstorbenen Betroffenen und ihren Nachkommen.

Ja, liebe Leute, wir haben einen Vorstoss für die Aufarbeitung der Geschichte eingereicht. Leider hat der Regierungsrat diesen Vorstoss – ich glaube das war in der letzten Session – abgelehnt. Das zeigt eigentlich die Haltung des Regierungsrats gegenüber geschichtlichen Aufarbeitungen. Wie wichtig diese Rehabilitation für die Hinterbliebenen ist, sollte uns allen aus der Geschichte bekannt sein. Solche Rehabilitierungen kennen wir in der Schweiz, und wir haben gute Erfahrungen damit gemacht. Ein Beispiel ist der Polizeikommandant Paul Ernst Grüninger, der in den Jahren 1938 und 1939 als leitender Grenzbeamter mehrere Hunderte jüdische und andere Flüchtlinge vor der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung rettete. Leider verlor er damals seine Stelle wegen seiner humanitären und menschenrechtlich richtigen Haltung und musste sein Leben in Armut verbringen. Ich zitiere aus Wikipedia, wie ich es damals in den Medien verfolgte: «1993 wurde Grüninger durch die St. Galler Regierung politisch rehabilitiert und 1994 veröffentlichte der Schweizer Bundesrat eine Ehrenerklärung für ihn. 1995, und damit 23 Jahre nach seinem Tod, hob das Bezirksgericht St. Gallen das Urteil in der Sache Paul Grüninger auf und sprach ihn frei. Nach der politischen Rehabilitation folgte damit auch [die] juristische [...]» – Zitat Ende. Das heisst also, dass es zuerst die politische Rehabilitation braucht. Darauf folgte die juristische Rehabilitation. Es gehört zu den Prinzipien eines Rechtsstaats, dass eine Rehabilitation aufgrund des Unrechts in der Vergangenheit erfolgt, auch wenn hundert Jahre vergangen sind. Es ist nie zu spät. Die Grünen unterstützen die Motion.

Präsident. Es gibt keine weiteren Fraktionserklärungen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wünscht die Motionärin erneut das Wort? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 41

Nein 96

Enthalten 0

Präsident. Sie haben die Motion abgelehnt mit 96 Nein- gegen 41 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen. Ich danke dem Polizei- und Militärdirektor für seine Anwesenheit und wünsche ihm einen schönen Sommer. Wir erwarten nun die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektorin. Sie ist bereits hier. Herzlich willkommen, Regierungsrätin Allemann.